

Politische Ökonomie des Klimawandels

J.G. Hülsmann

[Vortrag im Rahmen der 8. Jahreskonferenz des Ludwig von Mises Institut Deutschland am 10. Oktober 2020 in München. Das Thema der Konferenz lautete „Wie der Markt Umwelt und Ressourcen schützt“.]

Als Student habe ich Anfang der 90er Jahre an der TU Berlin eine volkswirtschaftliche Seminararbeit verfasst, die sich mit dem Problem der Luftverschmutzung auseinandersetzte. Wie soll man diesem Problem begegnen? Was kann, was soll der Staat tun? Als Student habe ich mich seinerzeit der damals noch relativ neuen Lehrmeinung angeschlossen, dass die wirkungsvollste Gegenmaßnahme die Einführung einer Emissionsbörse wäre. Unternehmen, die die Luft verschmutzen, sollen sich „Rechte zur Luftverschmutzung“ erkaufen, indem sie an der Umweltbörse beispielsweise CO₂-Emissionsrechte erwerben. Auf diese Weise würde dem Verursacherprinzip genüge getan, und die zulässigen Gesamtemissionen könnten durch den Staat gedeckelt werden, ohne die Wirtschaft durch planwirtschaftliche Willkür zu gängeln und zu lähmen.

Heute bin ich gedanklich an einen anderen Ort gerückt, vor allem unter dem Einfluss der Österreichischen Schule, insbesondere der Schriften von Murray Rothbard, der wie kein anderer vor ihm die typischen Rechtfertigungen staatlicher Eingriffe seziert und kritisiert hat, auch im Bereich der Umweltpolitik. Neben Rothbard verdient George Reisman besondere Erwähnung. Auch er hat in zahlreichen Schriften – insbesondere in seinem Hauptwerk mit dem Titel *Capitalism* (1996) – die interventionistische Umweltpolitik aufs Korn genommen und sehr gründlich kritisiert.

Natürlich haben die „Österreicher“ kein Monopol auf gute Ideen und triftige Argumente. Gerade zum Themenkreis Umweltschutz- und Klimapolitik gibt es eine ganze Reihe guter Beiträge, die die Argumente der genannten „Österreicher“ ergänzen, berichtigen und weiterführen. Dazu zählen die Sprecher der Konferenz, die uns heute zusammenbringt. Dazu zählt insbesondere auch der Statistiker Björn Lomborg von der Copenhagen Business School, der mehr als alle anderen lebenden Autoren die ökonomische Problematik der Klimapolitik einem breiten Publikum verständlich gemacht hat.

Der vorliegende Betrag muss vor diesem geistigen Hintergrund verstanden werden. Er soll die *ökonomische* Kritik an der interventionistischen Klimapolitik deutlich und verständlich machen. Eine solche Politik wird von den Klimatologen Stefan Rahmstorf und Hans Joachim Schellnhuber in ihrem Buch *Der Klimawandel* (2019 [2006]) sehr klar dargelegt und begründet. Ich werde also diese Schrift zum Leitfaden nehmen, um meinen folgenden Ausführungen einen konkreten Anknüpfungspunkt zu verschaffen.

Zunächst werde ich ein paar allgemeine Überlegungen zum Verhältnis zwischen Klimawissenschaft, Klimaaktivismus und Volkswirtschaftslehre anstellen. Dabei werde ich auch kurz auf das Problem der Klimapropaganda eingehen. Anschließend lege ich den Standpunkt der Klima-Aktivisten anhand des soeben genannten Buches von Rahmstorf und Schellnhuber dar. Danach bespreche ich die Folgen, die sich bei einer hypothetischen Erderwärmung voraussichtlich ergeben werden. Zum Schluss erörtere ich die Frage der angemessenen Klimapolitik.

1. Klimaaktivismus, Klimapropaganda und die Volkswirtschaftslehre

Genau wie viele andere interessierte Laien habe ich mit einigem Interesse die von Naturwissenschaftlern geführten Debatten um die Erderwärmung verfolgt. Da in mir nicht nur ein Ingenieur schlummert, sondern auch ein Geistes- und Sozialwissenschaftler lebt, ist mir nicht entgangen, dass solche Debatten zwangsläufig in das Gehege der politischen Philosophie, der Jurisprudenz und der politischen Ökonomie geraten, sobald und insofern sie sich um konkrete Handlungsempfehlungen drehen.

Anders gesagt: Solange Physiker, Geologen, Chemiker, Meteorologen und Klimatologen sich darauf beschränken, die Sachverhalte und Kausalzusammenhänge unserer Umwelt zu ergründen, können ihnen die Philosophen, Juristen und Ökonomen nicht in die Quere kommen. Doch sobald man den Boden der naturwissenschaftlichen Forschung verlässt und sich daran macht, anderen Menschen Handlungsempfehlungen zu geben – insbesondere für das politische Handeln – begibt man sich zwangsläufig in das Revier der Philosophen, Juristen und Ökonomen.

Diese Feststellung ist für die Klimapolitik von besonderer Bedeutung, da viele der tonangebenden Klimatologen ihre Zeit nicht nur der Forschung widmen, sondern auch politisch sehr rege sind. In Deutschland sind insbesondere die bereits genannten Professoren

Stefan Rahmstorf und Hans-Joachim Schellnhuber von der Universität Potsdam nicht nur federführend in der Klimaforschung, sondern auch maßgeblich an der Ausgestaltung der Klimapolitik beteiligt. Sie tragen sozusagen zwei Hüte. Als *Klimaforscher* sind sie Wissenschaftler, als *Klimapolitiker* sind sie Aktivisten.

Die Verbindung von Theorie und Praxis, die Verschmelzung von Fachmann und Ratgeber ist an und für sich nicht besorgniserregend, sondern durchaus wünschenswert. Jeder wird den gutgemeinten Rat von Experten hören wollen.¹ Es ist zudem auch nur folgerichtig, wenn Ärzte vom Alkohol- und Nikotinkonsum abraten oder gar eine gesetzliche Einschränkung empfehlen oder verlangen (auch wenn sie selber diesen Rauschmitteln zugehört sind). Ebenso wenig kann es überraschen, wenn Automechaniker regelmäßige Überprüfungen der Bremsen, des Ölstands und des Reifendrucks empfehlen. Ihr Beruf bringt eben eine bestimmte Wertordnung mit sich oder legt sie zumindest nahe. Und in vielen Fällen lässt man sich von den Fachleuten auch bereitwillig führen bzw. lässt ihnen freien Lauf. Nur zu gerne überlässt man ihnen auch bestimmte praktische Entscheidungen, *wenn man sich selber nicht unmittelbar betroffen fühlt und die Sachlage auch nicht richtig kennt*. Das ist beispielsweise der Grund, aus dem so wenige Bürger sich für die Reform der öffentlichen Verwaltung interessieren.

Aber wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, verhält es sich eben ganz anders. Im eigenen Haus und am eigenen Körper lässt man die Fachleute durchaus nicht nach freiem Belieben schalten und walten. Der Klempner soll die Rohre in meinem Haus dort verlegen, wo *ich* es möchte, nach Maßgabe meiner persönlichen Bedürfnisse und ästhetischen Präferenzen, und nicht einfach dort, wo die Rohre „aus rein technischer Sicht“ (was auch immer damit gemeint sein könnte) am besten hinpasse. Der Chirurg soll keineswegs an mir herumschneiden, wie es ihm passt oder richtig erscheint, sondern nach den Vorgaben meines Willens. Er mag mir erklären, dass ich bald sterben werde, wenn meine Leber

¹ Obgleich die Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und politischem Aktivismus durchaus zu einer gegenseitigen Befruchtung führen *kann*, entstehen für die Wissenschaft auch einige Gefahren. Es ist nicht immer hilfreich, die Fragen und Begriffe der Forschung an denen der Praxis auszurichten. Zudem können politische Vorurteile die wissenschaftliche Fragestellung beeinflussen und dadurch auf falsche Fährten führen. Im schlimmsten Fall kann es zu einer Korruption des wissenschaftlichen Urteils kommen. Das Ergebnis der Untersuchung wird dann politisch vorgegeben, und der Forschende bemüht sich, geeignete Daten und Methoden zu finden, mit denen das gewünschte Ergebnis erzeugt wird. Diese Gefahren bestehen in allen wissenschaftlichen Disziplinen, die politisch relevant sind, insbesondere auch in der Volkswirtschaftslehre und in der Klimatologie. Der große Leibniz bemerkte einmal sehr richtig, dass selbst geometrische Theoreme beanstandet werden würden, wenn die Geometrie auch nur die geringste politische Bedeutung hätte.

nicht sofort operiert wird. Aber ich selber will mich entscheiden zwischen einem kürzeren Leben ohne Operation und einem längeren Leben mit allen Folgen des chirurgischen Eingriffs. Der Virologe kündigt mir an, dass ich mir eine Grippe einfangen werde, wenn ich ohne Atemschutz zur Universität gehe oder an einer Tagung teilnehme. Aber ich will selber bestimmen, ob mir die Sache das Risiko wert ist.

Die Klimapolitik ist lange Zeit ein Spielplatz für naturwissenschaftliche Fachleute und für die Vertreter einer radikal interventionistischen Klimapolitik gewesen, da die meisten Bürger – genau wie die überaus meisten Ökonomen – die ganze Sache nicht richtig ernst genommen haben. Die meisten Leute fühlten sich nicht unmittelbar betroffen und verspürten auch wenig Lust, sich mit diesen komplexen Fragen näher auseinanderzusetzen. Diese Zeit haben die Fürsprecher einer drastischen staatlichen Klimapolitik gut genutzt.

In den 1990er und 2000er Jahren haben die Klimaaktivisten nicht nur ihre Kenntnisse, sondern auch ihren Standpunkt und ihre Präferenzen durch umtriebige Arbeit in den Medien und in Ausschüssen und Gremien der öffentlichen Verwaltungen (insbesondere der Schulbehörden) und nicht zuletzt auch durch eine enge Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten im Ausland immer mehr zur Geltung gebracht. Die Früchte dieser Kärnerarbeit zahlen sich heute aus, da die öffentliche Meinung in Deutschland und vielen anderen Ländern ganz unter dem Eindruck dieser Propaganda steht.

Das Wort Propaganda, das soeben fiel, ist keineswegs verfehlt. Aktivismus ist stets in Gefahr, in Propaganda auszuarten. Ein Beispiel liefert das bereits genannte Buch *Der Klimawandel*, das in zahlreichen Auflagen erschienen ist. Auf den ersten 72 Seiten dieser kurzen Schrift beschreiben die Professoren Rahmstorf und Schellnhuber die Klimageschichte, die heutige Erderwärmung und die voraussichtlichen Folgen des Klimawandels. Darauf folgt dann ein 56-seitiges Plädoyer für die von den Autoren empfohlene, stark interventionistische Lösung des Klimaproblems. So weit, so gut. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich, dass hier die Grenze zur Propaganda immer wieder überschritten wird. Propaganda ist die *manipulative* Darstellung eines Sachverhalts oder einer Problemstellung. Propaganda betreibt, wer gar nicht erst versucht, den Leser in die Lage zu versetzen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Propaganda zielt darauf ab, alle andere Sichtweisen systematisch auszublenken oder in Abrede zu stellen, sodass nur ein einziger Standpunkt richtig oder relevant erscheinen *kann*.

In einem berühmten Essay hat John Stuart Mill einmal argumentiert, dass die beste und wirkungsvollste Beweisführung darin besteht, die Gegenposition zunächst in das beste Licht zu stellen, in das sie überhaupt gestellt werden kann. Der Gegner soll in voller Rüstung erscheinen, bevor man seine Schwachstellen genau darlegt.

Von dieser Herangehensweise ist in *Der Klimawandel* leider wenig zu finden, vor allem im Blick auf die rein naturwissenschaftlichen Zusammenhänge. Nirgendwo werden Einwände sachlich vorgestellt und widerlegt. Eine Begründung für dieses sonderliche Vorgehen wird in Kapitel 4 geboten, wo der „Klimawandel in der öffentlichen Diskussion“ erörtert wird und wo die Autoren bekunden, dass es einen überwältigenden wissenschaftlichen Konsens über die anthropogene Verursachung des Klimawandels gebe. In diesem Lichte besehen sei die vermeintlich ausgewogene Darstellung der Klimawissenschaft in den Medien sehr besorgniserregend und ärgerlich. Denn die Medien ließen gerade auch den Gegenargumenten eine Aufmerksamkeit zukommen, die ihnen angesichts der übereinstimmenden Ansicht der Fachleute überhaupt nicht zukomme. Journalistische Ausgewogenheit sei hier völlig fehl am Platze. Sie gehe auf „gezielte Desinformationskampagnen zurück, die von Teilen der Industrie finanziert werden.“ (81) Die Autoren scheinen daraus die persönliche Konsequenz gezogen zu haben, es den Medien auf keinen Fall nachzumachen. Rahmstorf und Schellnhuber *verweisen* zwar immer wieder auf Schriften und Informationsquellen, aber sie selber machen *nicht den leisesten Versuch*, irgendwelche Gegenpositionen auch nur verständlich zu machen.

Darüber hinaus scheint es auch keine ehrbaren Menschen zu geben, die solche Gegenargumente verfechten. Wer über Klima und Erderwärmung anders als Rahmstorf und Schellnhuber denkt, ist ein „Klimaleugner“ – also ein ganz übler Verbrecher, so wie ein Holocaustleugner – oder er ist ein Lobbyist oder ein Trump-Wähler oder ein AFD-Wähler.² Mit einem Wort: Andersdenkende werden von Rahmstorf und Schellnhuber nicht widerlegt, sondern verspottet, beschimpft und verteufelt. Sie wollen ganz offensichtlich

² „Diese Fraktion der Leugner der vom Menschen verursachten globalen Erderwärmung sind mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten an die Macht gekommen, nicht zuletzt durch massive finanzielle Zuwendungen aus der fossilen Energiewirtschaft.“ (S. 80) Das Heartland Institute und das Committee for a Constructive Tomorrow in den USA würden ihre Arbeit mit „selbsternannten Experten“ und „Pseudoexpertisen“ betreiben (81). Diese Organisationen hätten dunkle Geldgeber (81), die Zweifel an der Klimakunde seien genauso künstlich gesät wie die Zweifel an der Schädlichkeit von Tabakprodukten (82). In Deutschland würde das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) „eine Webseite voller haarsträubender Falschinformationen zum Klima“ (82) betreiben, und „Mitglieder von EIKE bestimmen die unwissenschaftlichen Klimathesen der AFD.“ (82)

beim Leser den Eindruck hinterlassen, dass nur eine einzige Sichtweise der Dinge – die ihrige – moralisch vertretbar ist.

2. Der Standpunkt der Klima-Aktivisten

Was ist nun die Sichtweise der Klimaaktivisten? Wie ist ihre wirtschaftspolitische Argumentation aus dem Blickwinkel der politischen Ökonomie einzuordnen und zu bewerten?

Der logischen Struktur zufolge handelt es sich – wie schon im Fall der Luftverschmutzung – um eine Rationalitätsfallen-Theorie.

Das Klimaproblem entsteht aus dem Widerspruch zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl. Da der Zugang zur atmosphärischen Luft für Produzenten und Konsumenten kostenlos ist, handelt der Einzelne aus seiner persönlichen Sicht durchaus rational, indem er die kostengünstigsten Energiequellen – also vor allem fossile Brennstoffe – zur Energiegewinnung verwendet. Er respektiert dabei auch die Eigentumsrechte aller anderen. Und doch schädigt er das große Ganze, wenn er Erdöl und Kohle verwendet, um Häuser zu heizen, um Fabriken zu betreiben und um Menschen und Dinge von einem Ort zum anderen zu bringen. Denn die Verbrennung von Erdöl und Kohle erhöht den CO₂-Gehalt der Erdatmosphäre, was nach Rahmstorf und Schellnhuber zwangsläufig zu einer beträchtlichen Erderwärmung führt, aus der sich wiederum zahlreiche negativen Folgen ergeben. Dazu zählen der Gletscherschwund, der Rückgang des polaren Meereises, das Tauen des Permafrosts und der Eisschilde in Grönland und der Antarktis, außerdem Änderungen der Meeresströme, größere und häufigere Wetterextreme, vermehrtes Artensterben und verstärktes Ausbreiten von Krankheiten.

Zu diesen physikalischen und biologischen Verkettungen gibt es aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht viel zu sagen. Es sei uns jedoch gestattet, an dieser Stelle zu bemerken, dass die Darlegungen von Rahmstorf und Schellnhuber nicht überzeugend sind, und zwar aus vier Gründen.

Erstens gehen Rahmstorf und Schellnhuber in ihrem für die breite Öffentlichkeit bestimmten Buch auf die Gegenmeinungen anderer Sachkenner – wie bereits gesagt – mit keinem Wort ein. Sie begründen das damit, dass unter fast allen Fachleuten ein weitgehender Konsens bestünde und dass andere Thesen zur Erderwärmung nur von Ignoranten und Lobbyisten in Umlauf gebracht würden. Das überzeugt mich ganz und gar nicht. Ich

habe zum Vergleich mit Rahmstorf und Schellnhuber u.a. die Bücher von Gregory Wrightstone (*Inconvenient Facts*, 2017) und Bruce Bunker (*The Mythology of Global Warming*, 2018) gelesen, wo nicht nur der vermeintliche klimatologische Konsens in Frage gestellt wird, sondern auch zahlreiche Gegenthesen zur Erderwärmung dargelegt und erörtert werden. Von Rahmstorf und Schellnhuber hätte ich erwartet, dass sie zumindest auf die wichtigsten Gegenthesen in der gebotenen Kürze eingehen und die Fehler der Gedankenführung bzw. die tatsächliche Faktenlage ihren Lesern verständlich machen. Das tun sie leider nicht.³ Sie begnügen sich damit, anderslautende Ansichten in Abrede zu stellen. Das ist mir zu dünn, und daher bin ich skeptisch.

Zudem betrifft meine Skepsis aber auch – zweitens – die noch sehr junge Klimawissenschaft insgesamt. Hat sie wirklich schon all die komplexen Rückkoppelungseffekte zwischen (dem Spurengas) CO₂, Wasserdampf, Meeresströmungen, Bewölkung, Niederschlägen usw. ganz genau erfasst und durchdrungen?

Drittens zweifle ich an den *Vorhersagen* der Klimawissenschaft, da diese Vorhersagen nicht auf Laborexperimenten beruhen, sondern durch Modelle und Simulationen gewonnen sind. Man muss diesen Umstand gebührend würdigen. Klimaprognosen stützen sich *nur indirekt* auf Messungen. Unmittelbar jedoch entspringen sie Modellen und rechnergestützten Simulationen. Das grundsätzliche Problem mit dieser Technik liegt darin, dass selbst kleinste Fehler – in den Ausgangsdaten und in der Modellierung des komplexen Zusammenwirkens zahlloser Variablen – dramatische Auswirkungen auf das Endergebnis haben können. (Hinzu kommt das damit zusammenhängende Problem der Anfälligkeit für politische Manipulation.) Zweifel sind daher angebracht. Sind die Modelle und Simulationen der Klimatologen wirklich schon verlässlich? Können sie den Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Erderwärmung quantitativ so genau und so zweifellos bestimmen, wie die Klimaaktivisten es vorgeben? Die Analogie zur Meteorologie liegt auf der Hand. Während die örtlichen Temperaturen der nächsten Tage recht gut vorhergesagt werden können, ist die wissenschaftliche Wettervorhersage über die nächsten Wochen, Monate und Jahre häufig schlechter als die der Bauern. Langfristige Wettervorhersagen waren schon in der Vergangenheit bekanntermaßen unverlässlich. Ich bin daher misstrauisch, wenn mir

³ Nur auf die Kontroverse um die Hockeyschläger-Temperaturkurve gehen sie kurz ein, allerdings ohne den Sachverhalt zu beleuchten (siehe S. 84). Sie versichern lediglich, dass die Kurve richtig ist und ihre Kritiker falsch liegen.

jemand erklärt – und selbst wenn dieser jemand ein ausgesprochener Fachmann ist – er könne die Erderwärmung der nächsten hundert Jahre innerhalb von hinreichend kleinen Fehlergrenzen bestimmen.

Meine Skepsis entspringt aber auch – viertens – der Erfahrung mit quantitativen Modellen in meiner eigenen Wissenschaft, die sich ja auch mit der Erklärung eines komplexen Systems – nämlich der Wirtschaft – befasst. In der Volkswirtschaftslehre wird schon sehr viel länger als in der Klimawissenschaft versucht, die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen – vor allem Preisinflation, Arbeitslosigkeit und Wachstum – mit gesamtwirtschaftlichen Modellen und Simulationen vorherzusagen, und das Ergebnis ist niederschmetternd schlecht. Auf mittlere und lange Sicht liegen die Modelle fast immer falsch. Gleiches gilt für viele andere Vorhersagen. Um nur einige der spektakulärsten volkswirtschaftlichen Falschprognosen stichworthaft zu erwähnen: in den 1960er Jahren sagten französische Ökonomen voraus, dass die US-amerikanische Wirtschaft die gesamte westliche Welt überrollen und erdrücken werde, wenn die europäischen Länder nicht sofort eine protektionistische Politik betrieben. Gleiches wurde in den 1980er Jahren in den USA von Japan gesagt: ohne US-Protektionismus wird Amerika bald eine japanische Kolonie. In den 1970er Jahren wurde ein baldiges Weltmonopol der amerikanischen Firma IBM für den gesamten Technologiesektor prognostiziert, und der *Club of Rome* kündigte der Welt 1972 die baldige Erschöpfung der Ressourcen, insbesondere der fossilen Brennstoffe an, wenn es nicht sofort zu einer radikalen Umkehr der Wirtschaftspolitik käme.

Aber letztlich berühren all diese Erwägungen mein jetziges Thema nur am Rande. Mein Thema lautet nicht, ob die Temperaturen auf unserem Planeten in hundert Jahren höher sein werden als jetzt. Es betrifft auch nicht den Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Erderwärmung. Und es betrifft auch nicht den Beitrag des Menschen zur Erderwärmung.

Aus ökonomischer Sicht stehen ganz andere Fragen im Vordergrund. *Für welche Personengruppe* wäre eine hypothetische Erderwärmung grundsätzlich vorteilhaft bzw. nachteilig? Wie können die durch die Erderwärmung entstehenden Schäden in ein vernünftiges Verhältnis zu ihren Vorteilen gebracht werden? Lässt sich dieses Verhältnis von Nutzen zu Aufwand durch staatliche Eingriffe verbessern?

3. Die Folgen der Erderwärmung

Um gleich zur Sache zu kommen, will ich der Einfachheit halber unterstellen, dass Rahmstorf und Schellnhuber bezüglich der anderen Fragen recht haben. Nehmen wir also an, dass der ungebremsste CO₂-Ausstoss der modernen Industriegesellschaften zu einer deutlichen Erderwärmung führen würde. Nehmen wir desweiteren an, es käme daraufhin zu Gletscherschwund, Rückgang des polaren Meereises, Tauen des Permafrosts und der Eisschilde in Grönland und der Antarktis, außerdem zu Änderungen der Meeresströme, größeren Wetterextremen, zu vermehrtem Artensterben und zu verstärktem Ausbreiten von Krankheiten.

Erderwärmung bringt Vor- und Nachteile mit sich

Es ist ohne weiteres ersichtlich, dass das Gesamtpaket dieser Änderungen für die Menschheit, wiederum als ganze, sowohl Nachteile, als auch Vorteile hervorrufen würden. Die Nachteile entstehen vor allem aus den Kosten, die durch die Anpassung an die neuen Gegebenheiten entstehen, und aus dem Verlust von bestimmten Gebieten und Städten durch das steigende Meeresniveau. Dagegen entstünden auch Vorteile aus dem Umstand, dass große Teile der Erdoberfläche, die zuvor nur unter hohen Kosten zu bewirtschaften waren, nunmehr für Ackerbau, Städtebau industrielle Unternehmungen zugänglich werden.

Diese Vor- und Nachteile würden nicht alle Menschen gleichermaßen betreffen. Viele Leute müssten über kurz oder lang ihre Heimat verlassen und in neue, von der Erderwärmung begünstigte Gebiete ziehen, um keine Beeinträchtigung ihrer materiellen Lebensbedingungen zu erleiden. Oder sie müssten mehr sparen oder ausländisches Kapital anziehen, um die widrigeren Lebensbedingungen durch höheren Kapitaleinsatz auszugleichen. Andere Leute wiederum könnten in ihrem angestammten Wohngebiet bleiben und gleichzeitig bessere Lebensbedingungen genießen. Die ursprünglichen Grundeigentümer in den vom neuen Klima begünstigten Ländern würden vom Zustrom der Wanderer profitieren, da der Wert ihres Landes stiege. Dagegen würde der Immobilienwert in den benachteiligten Ländern sinken.

Wir könnten solche Überlegungen noch durch weitere Einzelheiten vermehren und vertiefen, aber das grundsätzliche Ergebnis würde sich nicht ändern. Es lässt sich in drei

Punkten zusammenfassen. Erstens würden die von Rahmstorf und Schellnhuber genannten Folgen der Erderwärmung gesamtwirtschaftlich sowohl Vorteile, als auch Nachteile mit sich bringen. Zweitens wären diese Vor- und Nachteile in geografischer und sozialer Hinsicht keineswegs egalitär, sondern würden einige Menschen bevorteilen und andere Menschen benachteiligen. Drittens könnte diese materielle Ungleichheit langfristig nachwirken, insbesondere dann, wenn sie nicht durch Wanderungsbewegungen oder vermehrten Kapitaleinsatz ausgeglichen werden könnte.

Eigentumsrechte und Konflikte

Bevor wir nun weiter auf das Gedankengebäude der Klimaaktivisten eingehen, sollten wir vorab eine grundlegende Frage klären, die den Umgang mit den soeben betonten materiellen Ungleichheiten betrifft. Häufig wird behauptet, dass aus Ungleichheiten ein *Konflikt* zwischen den bevorteilten und den benachteiligten Menschen entspringe. Das ist jedoch nicht unbedingt der Fall. Konflikte bestehen darin, dass *verschiedene Menschen einen Anspruch auf das gleiche Gut erheben*. Aber Ungleichheit führt nicht unbedingt zu Konflikten. Sie führt vor allem dann nicht zu Konflikten, *wenn durch Eigentumsrechte von vorneherein geklärt ist, wer einen Anspruch auf welches Gut erheben darf*. Privates Eigentum ist gerade deshalb eine große kulturelle Errungenschaft, weil es Konflikte eindämmt und menschliche Energie in produktive Unternehmungen lenkt, statt sie in der Bewältigung von Konflikten schmoren zu lassen.

Die Ungleichheiten, die durch eine Erderwärmung à la Rahmstorf und Schellnhuber entstünden, würden somit nicht unbedingt zu Konflikten führen, solange nämlich jeder Benachteiligte das Eigentum der Bevorteilten respektiert. Doch selbst wenn es auf Grund von Neid oder von unklaren Eigentumsverhältnissen zu Konflikten käme, wäre das Privateigentum immer noch das wichtigste Mittel zur Konfliktlösung. Die neuere Wirtschaftsgeschichte liefert dafür eindrucksvolle Belege. In Deutschland und allen anderen wirtschaftlich stark entwickelten Ländern kam es infolge der Industrialisierung der letzten zweihundert Jahre zu enormen Veränderungen, die nicht nur Vorteile, sondern auch viele Nachteile und viele Ungleichheiten mit sich brachten. Dennoch konnten die Konflikte auf ein geringes Maß reduziert werden, und zwar genau deshalb, weil der Grundsatz des Privateigentums von fast allen Beteiligten respektiert wurde.

Die Ähnlichkeiten mit der Klimaproblematik liegen auf der Hand. In der Tat hat die Industrialisierung in *kleinerem Rahmen* genau solche Folgen gezeitigt, die sich nach Rahmstorf und Schellnhuber aus der Erderwärmung für die gesamte Weltwirtschaft ergeben würden. Auch die Industrialisierung war sehr tiefgreifend. Auch *ihre* Vor- und Nachteile waren in geografischer und sozialer Hinsicht keineswegs egalitär, sondern haben einige Menschen bevorteilt und andere Menschen benachteiligt. Auch *sie* hat große soziale Ungleichheiten hervorgerufen bzw. verstärkt, und auch diese Ungleichheiten konnten nicht restlos durch Wanderungsbewegungen oder vermehrten Kapitaleinsatz ausgeglichen werden.

Die angeblichen Nachteile der Erderwärmung (I): Die begrenzte Anpassungsfähigkeit der Menschen

Was sagen nun die Klimaaktivisten über die Folgen des von ihnen erwarteten Klimawandels? Wie begründen sie ihre These, dass die Auswirkungen der vom Menschen verursachte Erderwärmung „überwiegend negativ sein werden“ (S. 88)?

Interessanterweise geben Rahmstorf und Schellnhuber rundherum zu, dass „ein warmes Klima [...] *a priori* nicht schlechter oder lebensfeindlicher als ein kälteres“ (S. 78) ist. Wie kommen sie also dennoch zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen „bei weitem überwiegen“ (ebd.)? Sie bringen zwei Überlegungen zur Geltung. Das erste Argument lautet: „[...] weil Ökosysteme und Gesellschaft hochgradig an das vergangene Klima angepasst sind.“ (ebd.) Zitieren wir sie weiter:

„Gravierende Probleme entstehen insbesondere dann, wenn die Veränderung so rasch vonstattengeht, dass sie die Anpassungsfähigkeit von Natur und Mensch überfordert. [...] Menschen können sich zwar an neue Gegebenheiten anpassen – aber ein sich rasch wandelndes Klima bringt einen Verlust an Erfahrung und Berechenbarkeit und kann daher nicht optimal landwirtschaftlich genutzt werden.“ (S. 78)

„ein Erderwärmungsverlauf außerhalb des Toleranzfensters [d.h. dass die von Menschen angestoßene Änderung der globalen Mitteltemperatur 2 °C *insgesamt* nicht übersteigen und gleichzeitig die Temperaturänderungsrate für die Erde nicht höher als 0,2 °C pro Dekade ausfallen soll“][dürfte] Umweltbedingungen jenseits der Erfahrungswelt der menschlichen Zivilisationsgeschichte herbeiführen [...]“ (S. 97)

„[...] ohne eine Begrenzung des Klimawandels auf höchstens 2°C wäre eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel kaum möglich. Würde es global 3, 4 oder gar 5 °C wärmer, würden wir Temperaturen erreichen, wie sie es seit mehreren Jahrmillionen auf der Erde nicht gegeben hat. Die Grenzen der Anpassungsfähigkeit würden nicht nur für viele Ökosysteme überschritten.“ (S. 113)

Dieses Argument führt jedoch zu einem logischen Widerspruch, und es widerspricht auch der geschichtlichen Erfahrung.

Der Hinweis auf die begrenzte *Anpassungsfähigkeit* der Menschen widerspricht der gleichzeitig vorgetragenen Forderung nach einem radikalen Umbau der Industriegesellschaft. Die von Rahmstorf und Schellnhuber mit großem Nachdruck vertretene Politik würde zweifelsfrei einen Sprung „jenseits der Erfahrungswelt der menschlichen Zivilisationsgeschichte“ bedeuten. Und dieser radikale Wandel wird damit begründet, dass die Menschheit mit radikal neuen Bedingungen (aus irgendwelchen nicht näher erläuterten Gründen) nicht umgehen kann. Das scheint ein logischer Widerspruch zu sein.

Aber das Argument von Rahmstorf und Schellnhuber widerspricht auch der geschichtlichen Erfahrung mit der Industrialisierung. Die Industrialisierung hat (wenn auch in einem geografisch kleineren Rahmen) sehr viel stärkere und schnellere Veränderungen hervorgebracht, als wir sie im Falle der Erderwärmung nach den Prognosen der Klimaaktivisten erwarten müssen. Die Anpassungsfähigkeit der Menschheit ist ganz offensichtlich sehr viel grösser als Rahmstorf und Schellnhuber es unterstellen, und die Herren Professoren machen ja auch nicht den leisesten Versuch, ihre Behauptung in irgendeiner Weise zu beweisen. Das Auto, das Flugzeug, die Raumfahrt, die Atomenergie, die Molekularbiologie und viele andere Dinge, die unsere heutige Lebenswelt prägen und auf die selbst sehr einfache Leute sich sehr gut eingestellt haben, lagen bis vor relativ kurzer Zeit noch „jenseits der Erfahrungswelt der menschlichen Zivilisationsgeschichte“, um die Formel von Rahmstorf und Schellnhuber aufzugreifen.

Der durch neue Gegebenheiten hervorgerufene Verlust von Erfahrung und Berechenbarkeit ist keineswegs ein Problem, das in besonderer Weise aus der Erderwärmung entstehen würde. Es ist ein Problem, das mit jeglicher Art von Veränderung entsteht. Es ist ein

Problem, dem sich Individuen und Familien, Unternehmer und Arbeitnehmer tagtäglich stellen und das sie auch tagtäglich mehr oder weniger gut lösen.

Die angeblichen Nachteile der Erderwärmung (II): Soziale und ethische Probleme

Das zweite Argument, mit dem Rahmstorf und Schellnhuber die überwiegend negativen Folgen der Erderwärmung belegen wollen, betrifft ihre ungleichen sozialen Auswirkungen. Die Industrieländer in den gemäßigten und kalten Klimazonen dürften sich auf besseres Wetter freuen, während die Landwirtschaft in „vielen subtropischen und heute schon trockenen Gebieten“ infolge von Hitze und Wassermangel mit Einbußen rechnen müsse. „Hierin besteht die moralische Last des anthropogenen Klimawandels: Gerade die Ärmsten, die zu dem Problem selbst kaum etwas beigetragen haben, werden den Klimawandel womöglich mit ihrem Leben bezahlen müssen.“ (S. 75) An anderer Stelle sagen Rahmstorf und Schellnhuber in gleichem Sinne: „Zudem werden viele Menschen unter Extremereignissen wie Dürren, Fluten und Stürmen (insbesondere tropischen Wirbelstürmen) zu leiden haben. Die von uns verursachte Klimaveränderung wirft daher schwerwiegende ethische Fragen auf.“ (S. 78)

Diese ethischen Fragen werden an nochmals anderer Stelle näher ausgeführt, wo die Folgen einer Laissez-faire-Politik besprochen werden, also einer Politik, die „den ungebrems-ten Klimawandel billigend in Kauf nähme“ (89). Eine solche Politik, schreiben unsere Autoren,

„[...] würde fast alle Lasten der kostenlosen Nutzung der Atmosphäre als Müllkippe den kommenden Generationen in den besonders klimasensiblen Entwicklungsländern aufbürden. Viele nichtstaatliche Umweltgruppen empfänden diese Perspektive als amoralische Krönung der historischen Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘ durch die Industrieländer, die für den überwiegenden Teil der bisherigen Treibgasemissionen verantwortlich sind [...]“ (S. 89f)

Auch dieses Argument steht auf äußerst schwachen Füßen. Das wird deutlich, sobald wir die drei Grundfragen besprechen, um die es hier eigentlich geht.

Die erste dieser Grundfrage lautet, ob eine Person A sich so verhalten bzw. solche Entscheidungen treffen darf, dass daraus Nachteile für eine andere Person B entstehen. Und

die Antwort auf diese Frage lautet: Es kommt darauf an. Unternehmen, die auf dem Markt in Wettbewerb stehen, verursachen ohne jeden Zweifel viele Nachteile für die Konkurrenten. Wer die Frau seines Herzens ehelicht, wird viele Mitbewerber unglücklich machen. Wer wirre Gedanken in Umlauf setzt, kann mitunter die Politik eines ganzen Landes oder der ganzen Welt auf eine schiefe Bahn bringen. Und doch würde man aus diesen Umständen wohl kaum schließen, dass Wettbewerb unter Unternehmern und unter Brautwerbern nicht statthaft wäre; oder dass nur noch staatlich autorisierte Meinungsäußerungen zu erlauben wären. Und diese Grundüberlegung lässt sich auch direkt auf die Klimafrage übertragen. Ganz offensichtlich ist es *nicht* der Fall, dass eine Erderwärmung *nur deshalb* von vorneherein abzulehnen bzw. zu vermeiden wäre, weil sie einigen Ländern Vorteile und anderen Ländern Nachteile bringt.

Die zweite Grundfrage lautet, ob die Antwort auf die erste Frage anders ausfallen würde, falls die benachteiligte Partei arm wäre. Auch hier kommt es wieder darauf an. Kapitalstarke Unternehmen stehen im Wettbewerb mit kapitalschwachen Unternehmen. Schöne Mädchen werden nicht nur von gutaussehenden und reichen, sondern auch von hässlichen und armen Männern beworben. Bayern München stellt die beste Fußballmannschaft, hat dadurch auch die größten Einnahmen und kann somit immer wieder die besten Spieler an sich ziehen. Viele andere Beispiele finden sich ohne Mühe. Ganz offensichtlich dürfen die reichen Konkurrenten ihre Trümpfe zur Geltung bringen, auch wenn die Unterlegenen nichts dazu können, dass sie ärmer sind. Für die Frage der Erderwärmung folgt daraus, dass sie jedenfalls nicht *nur deshalb* von vorneherein abzulehnen bzw. zu vermeiden wäre, weil sie reichen Ländern weitere Vorteile und armen Ländern weitere Nachteile bringt.

Die dritte Grundfrage lautet, ob die Armut der Dritten Welt durch die Industrieländer verursacht wurde bzw. wird, sodass eine finanzielle Schuld der Industrieländer besteht, die nun durch eine Eindämmung des CO₂-Ausstosses zumindest teilweise getilgt werden könnte. Auf diese Frage wollen wir zwei Antworten geben.

Zunächst muss unterstrichen werden, dass überhaupt kein notwendiger Zusammenhang zwischen den finanziellen Verpflichtungen der Industrieländer und der Klimapolitik besteht. Anders gesagt: wenn es solche Verpflichtungen tatsächlich gäbe, bestünde kein besonderer Grund, sie in Form von Klimapolitik zu tilgen. Es könnten auch

Transferzahlungen oder Direktinvestitionen in den Gläubigerländern erfolgen, ohne dass auch nur die leisesten Einschränkungen des CO₂-Ausstosses nötig wären.

Zweitens ist zu betonen, dass die „historische Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘ durch die Industrieländer“ (S. 90), von der Rahmstorf und Schellnhuber fabulieren, nichts weiter als ein marxistisches Ammenmärchen ist. *Nur* wenn man sich auf den Standpunkt der völlig unhaltbaren Arbeitswertlehre stellt, kann man auf den Gedanken kommen, dass die einen nur dadurch reich werden können, indem sie andere ausbeuten. In der Tat ist das aber nicht der Fall. Es ist nicht der Fall im Verhältnis zwischen Reichen und Armen im gleichen Land. Und es betrifft auch nicht das Verhältnis von reichen Ländern und armen Ländern. Die Rohstoffe, die die Verbraucher der Industrieländer aus der Dritten Welt bezogen haben, haben sie nicht geraubt, sondern bezahlt. Während der Kolonialzeit haben die Konsumenten der Industrieländer die Kolonien sogar bezuschusst, da sie nicht nur (über die Güterpreise) die Kosten für die Förderanlagen und Plantagen in den Kolonien beglichen haben, sondern auch (über die Steuern) den Aufwand für die Kolonialverwaltung. Die vermeintliche Ausbeutung der Dritten Welt war in der Tat ein riesiges Zuschussgeschäft für die Bewohner dieser Länder. Nichts beweist diese Tatsache eindrucksvoller als der wirtschaftliche Niedergang, der sich in vielen Teilen der Dritten Welt nach dem Ende der Kolonialzeit einstellte.

Der Gedankengang von Rahmstorf und Schellnhuber stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Man könnte mit sehr viel größerer Triftigkeit argumentieren, dass die Erderwärmung den Menschen der Industrieländer ein paar späte und lang verdiente Vorteile erbringen würde. Jahrhundertlang haben sie kalte und unwirtliche Gebiete besiedelt und durch harte Arbeit fruchtbar gemacht, während andere es sich in der Sonne bequem gemacht haben. Nun erzeugen die Industrieländer durch ihre CO₂-Ausstöße höhere Temperaturen und verringern dadurch (wenngleich auch eigentlich unabsichtlich) die natürlichen Widrigkeiten, die ihnen in der Vergangenheit so viele Kosten verursacht haben.

Viele andere Bemerkungen und Überlegungen könnten an dieser Stelle hinzugefügt werden, aber es dürfte deutlich geworden sein, dass kein direkter Weg von der Klimawissenschaft zur Klimapolitik führt. Ob sie es wollen oder nicht, müssen die Klimaaktivisten sich in die Gefilde der Juristen, Ökonomen und Philosophen begeben. Und hier machen sie keine gute Figur, sofern sich das am Standardtext von Rahmstorf und Schellnhuber

ermessen lässt. Selbst wenn die Erderwärmung bei ungebremster Wirtschaftsentwicklung eine ausgemachte Sache wäre, ist es weit weniger klar, ob die negativen Folgen der Erderwärmung ihre positiven Folgen überwiegen würden. Rahmstorf und Schellnhuber haben das jedenfalls nicht gezeigt, geschweige denn bewiesen.

4. Der Klima-Interventionismus

Kommen wir nun abschließend auf die Klimapolitik zu sprechen. Rahmstorf und Schellnhuber empfehlen eine Politik, die darauf abzielt, durch staatliche Gebote, Verbote und Subventionen jeglichen CO₂-Ausstoß möglichst vollkommen zu vermeiden (Strategie der Vermeidung). Die grundsätzliche Alternative besteht natürlich darin, *keine* solche Maßnahmen zu ergreifen und darauf zu vertrauen, dass die Marktteilnehmer die jeweils geeignetsten Entscheidungen treffen, um sich der dann unvermeidlichen Erderwärmung anzupassen (Strategie der Anpassung).

Rahmstorf und Schellnhuber lehnen eine Laissez-faire-Strategie der Anpassung ab, und zwar aus den Gründen, die wir soeben besprochen haben: mangelnde *Anpassungsfähigkeit* der Menschen und die nicht-egalitären Auswirkungen der Erderwärmung. Nur ganz flüchtig erwähnen sie einige ökonomische Gegenargumente. Sie schreiben:

Manche Ökonomen argumentieren etwa, dass es wesentlich günstiger wäre, die Bevölkerungen der vom steigenden Meeresspiegel bedrohten Südseeinseln auf Kosten der Industrieländer nach Australien oder Indonesien umzusiedeln, statt die Wirtschaft durch Beschränkungen für Treibhausgasemissionen zu belasten. (90)

In der Tat klingt diese Argumentation recht vernünftig. Schade ist nur, dass Rahmstorf und Schellnhuber nicht Ross und Reiter nennen und ihre Leser auf eben jene Ökonomen verweisen, damit sie sich selber ein Bild machen und eigene Meinung frei bilden können. Aber die Professoren aus Potsdam können diesen Ökonomen jedenfalls nicht beipflichten. Warum? Sie schreiben:

Dabei werden jedoch die sozialen und ethischen Probleme vergessen, und die Gefahr ist groß, dass mit solchen Überlegungen eine geopolitische Pandorabüchse geöffnet wird. (90)

Nun kann man Ökonomen vieles vorwerfen, aber sie vergessen kaum einmal die ethischen und sozialen Probleme der Wirtschaftspolitik. Allerdings stehen die weitaus meisten Ökonomen nicht mit der Marktordnung und der Ethik des Privateigentums auf Kriegsfuß. Sie sehen es somit nicht als von vorneherein problematisch an, wenn Menschen zwar die Welt verändern, aber sich gleichzeitig auch an die Veränderungen ihrer sozialen und natürlichen Umwelt anpassen. In den Augen der weitaus meisten Ökonomen – und der weitaus meisten Menschen – ist es normal, dass jemand umzieht, wenn er feststellt, in einem Flutgebiet zu wohnen. Das gilt auch, wenn es zuvor keine Fluten gab, aber nunmehr solche Fluten durch die Aktivitäten anderer Menschen unabsichtlich verursacht werden. Und es würde in einigen Fällen selbst dann gelten, wenn die Flut *absichtlich* verursacht würde, denn die grundlegende Frage ist immer, ob die Verursacher *das Recht dazu* haben.

Analoge Beispiele bieten die Migrationspolitik und die Covid-Politik der Bundesregierung. Beide führen zu einer massiven Veränderung der *sozialen Umwelt* in Deutschland, und viele Bürger entscheiden sich daraufhin für einen Umzug ins Ausland; einige geben sogar ihre Staatsbürgerschaft auf. Sowohl die Politik der Bundesregierung, als auch die Reaktion der Migranten wird von den allermeisten Bürgern als legitim empfunden. Aus logischer Sicht besteht hier nicht der kleinste Unterschied zu Veränderungen der natürlichen Umwelt, die durch das Handeln der einen hervorgerufen werden und zu bestimmten Reaktionen anderer führen.

Inwiefern wird nun mit „solchen Überlegungen eine geopolitische Pandorabüchse geöffnet“? Welche Übel wären in dieser Büchse zu finden? Das Übel der persönlichen Verantwortung in den Grenzen des Privateigentums? Das Übel der Pflicht, die Probleme erst einmal selbst zu lösen, bevor man von anderen eine Lösung verlangt oder erzwingt? Oder gar das Übel der Anpassung, also der Forderung, dass ein jeder Mensch sich in seinem persönlichen Handeln an die allgemeine Entwicklung der Weltwirtschaft anpassen sollte, insbesondere auch an die Erderwärmung, die möglicherweise aus dieser Entwicklung entsteht?

Rahmstorf und Schellnhuber setzen sich mit Gedanken dieser Art nur kurz und oberflächlich auseinander. Nach ihrer Darstellung entspringen sie einem ökonomisch-utilitaristischen Weltbild, während die von ihnen bevorzugte Strategie des Vermeidens jeglichen CO₂-Ausstosses angeblich dem naturwissenschaftlichen Denken entspricht. Ich meine

zwar nicht, dass diese Kategorisierung richtig ist, aber das ist eine zweitrangige Frage.

Kommen wir lieber gleich zu des Pudels Kern.

Rahmstorf und Schellnhuber zufolge wirft die Strategie der Anpassung in ihrem Kern ein *ökonomisches Optimierungsproblem* auf. Es gehe darum, den „Gesamtnutzen des Klimaschutzes“ zu maximieren, wobei dieser Gesamtnutzen gleich dem abgewendeten Klimaschaden ist, minus den Vermeidungs- und Anpassungskosten (siehe S. 91). Dieser Denkansatz wird von ihnen dann mit durchaus treffenden Argumenten kritisiert, auf die ich hier nicht eingehen brauche. Aber dennoch haben sie ihre Ablehnung der Strategie der Anpassung (auf die Wirtschaftsentwicklung und die Erderwärmung) sehr schlecht begründet. Denn es ist völlig unangebracht, diese Strategie auf ein makroökonomisches Optimierungsproblem zu verkürzen. Diese Problemstellung ist schon von vorneherein verfehlt. Die Anpassung an die Wirtschaftsentwicklung und Erderwärmung ist nicht ein mathematisches Optimierungsproblem für die Beamten einer Zentralplanungskommission. Es ist vielmehr eine Herausforderung für das individuelle Handeln, für Hausgemeinschaften, Vereine und Firmen. Es ist eine Herausforderung, der sich alle Handelnden durch Initiative und Verträge stellen.

Die Teilnehmer einer Marktwirtschaft müssen sich keine Gedanken über die *insgesamt* zu erwartenden Klimaschäden und Anpassungskosten machen. Sie müssen lediglich versuchen, für ihr eigenes Leben geeignete Lösungen zu finden. Sie entscheiden sich nicht nach Maßgabe gesamtwirtschaftlicher Daten, sondern nach Maßgabe der Geldeinkommen und Geldkosten, die nach ihrem Dafürhalten mit verschiedenen Handlungsalternativen verbunden sind.

Die Marktwirtschaft ist der Ordnungsrahmen, der dafür sorgt, dass solche dezentralen Entscheidungen in ein kohärentes Ganzes zusammenfließen; dass sie sich ergänzen und korrigieren; dass sie die großen Probleme der Menschheit lösen, ohne dass die vielen kleinen persönlichen Ziele unter die Räder kommen. Die Marktwirtschaft hat keinen zentralen Plan. Sie wird von unzähligen Plänen animiert, die aber nicht zusammenhanglos nebeneinanderstehen, sondern in überlappenden Netzwerken aufeinander bezogen sind. Sie hat schon in der Vergangenheit ihre turmhohe Überlegenheit gegenüber planwirtschaftlichen Ansätzen gezeigt. Es ist daher nur folgerichtig, wenn Ökonomen auf sie setzen, wenn es um die Bewältigung von Umweltproblemen geht.

Der marktwirtschaftliche Denk- und Lösungsansatz hat auf der intellektuellen Umlaufbahn, auf der Rahmstorf und Schellnhuber schweben, ganz offensichtlich keinen Platz. Märkte können in ihren Augen „die richtigen Antworten auf das Klima-Energie-Problem nur bedingt finden“, zumindest sofern dies „aus innerem Antrieb“ (104) der Märkte geschehen soll. Daher empfehlen die Professoren aus Potsdam, dass die Staaten „die Transformation des Energiesystems aktiv gestalten: zum Beispiel durch Auflagen, die von langfristig katastrophalen Investitionsentscheidungen wegleiten, und Anreize, die das verfügbare Kapital in nachhaltigkeitsfördernde Unternehmungen locken.“ (ebd.)

Mit anderen Worten gibt es in ihrem Denken nur Problemstellungen und Lösungen für Zentralplanwirtschaftler – für Leute, wie sie selber es sind. Ihr ganzes wirtschaftspolitisches Denken steht und fällt mit der Überzeugung, „dass es keine realistische Alternative zum Ursache-Wirkung-Ansatz“ (95) – also zur interventionistischen Klimapolitik – gibt. Wie wir gesehen haben, kann davon allerdings keine Rede sein. Die Alternative gibt es. Sie heißt Kapitalismus. Und sie braucht auch vor den Folgen der Erderwärmung nicht zu erzittern.